

Berliner Tageblatt

Nr. 329 • Ausgabe B Nr. 163
Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 329

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Zust. und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Der Antrag des Oberreichsanwalts im U-Bootprozeß.

Je vier Jahre Zuchthaus beantragt.

Schluß der Beweisaufnahme.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Leipzig, 15. Juli.

In dem Prozeß gegen die U-Boot-Offiziere Dittmar und Wolf beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme der Oberreichsanwalt für die Angeklagte ein Zuchthausstrafe von je vier Jahren. Während Umstände wurden angenommen. Der Oberreichsanwalt hielt es für erwiesen, daß die beiden Angeklagten nach gemeinschaftlicher Vorbereitung mit dem Kapitän Bogis das Rettungsboot des sinkenden Kasarettschiffes besaßen haben, um die Leuten der vollereichtwärtigen Verletzung des Kasarettschiffes zu befehlen. Nicht erwiesen sei aber, daß das Rettungsboot durch die Verletzung verloren gegangen ist.

falls. Er drückte dann auf das Rettungsboot zurück. Mehrere Tage lang sei das Boot zurückgekommen und in der Nähe um das Rettungsboot herumgefahren, ohne dabei aggressive Absichten zu verraten. Chapman rief auf eine Frage vom U-Boot aus, es sei in das Rettungsboot, der Junge sei dort, er sei in Sicht auf dem U-Boot gewesen. Als nach einiger Zeit das Rettungsboot wieder abtauchen war und ein Segel gezeigt hatte, kam das U-Boot wieder auf das Rettungsboot zu. Chapman hielt ihn eine Fackel entgegen. Das Rettungsboot konnte jedoch einem Zusammenstoß ausweichen. Nachdem das Rettungsboot eine Strecke vom U-Boot entfernt war, hat die der Junge Konventionen und Grenzen fliegen über das Rettungsboot hinweg. Es könnten etwa 12 Schiffe gewesen sein. Die im Rettungsboot befindlichen glaubten alle, daß das Feuer ihnen gesollt habe.

Belands Antwort an Schiffer.

„Sorgfältige Herausforderungen.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 15. Juli.

Brind hat gestern auf die Bitte einiger Journalisten seine Meinung über die Rede des Ministers Schiffer ausgesprochen. Er sagte: „Ich bedaure Herrn Schiffer, weil er durch sein Amt in die gesamte Weltöffentlichkeit verlegt wurde, den skandalösen Freispruch des Generals Fenger und die trügerische Urteil, die in Belgien und England (?) Entrüstung erregt haben, zu denen. Es ist aber immerhin noch ein Glück, daß Herr Schiffer sich nicht verpflichtet gefühlt hat, auch die unqualifizierbaren Aeusserungen gegen die französischen Delegierten zu entwidmen, mit deren Entsendung wir dem Vorgesetzten der U-Boot (?) erwiesen. Wenn man die deutschen Zeitungen liest, die mit schändlichen Propagandakampagnen angefüllt sind, kann man es niemand in den Sinn kommen, daß es Frankreich ist, das den Geh auf neue Gefährdung (?) auf die Gefahr hin, den Tag noch hinauszuhalten, in dem es den beiden Mächten möglich sein wird, die normalen Beziehungen wieder aufzunehmen. In jedem Falle hoffe ich, daß die Zurückziehung unserer Ähren und die Abberufung unserer Delegierten wenigstens die eine Wirkung haben werden: unseren Freunden und Verbündeten, die in Belgien gehalten sind, eine bessere Zukunft zu sichern. Das ist immerhin etwas.“

Diese Erklärung des Ministerpräsidenten, die in Deutschland wahrscheinlich wieder Brände herausfordern wird, geht den nationalitätlichen Zeitungen Frankreichs noch nicht weit genug. Wir wollen hoffen, schreibt das „Echo de Paris“, daß die französische Regierung sich mit dieser Art von Gemütskur nicht zufriedengeben wird. Sie muß aus den Zeitungen herausfinden die nötigen Folgerungen ziehen, wenn ihnen die Rede ist, die Propagandakampagnen wieder aufzunehmen. Die „Action française“ geht noch weiter. In einem offenen Brief an den Präsidenten der Republik fordert Lord Daudet auf, Brind und Doudeur als Hochverräter vor den Staatsgerichtshof zu stellen, weil sie durch ihre Bemühungen, mit Deutschland in ein gutes Verhältnis zu kommen, der deutschen Regierung Gelegenheit geben, die Kämpfungen zu einem beidseitigen Neuanfang zu veranlassen.

Die Zukunft der Berliner Werke.

Gas — Wasser — Elektrizität.

Dr. Paul Michaels.

Der letzte Streik der Arbeiter aus den städtischen Gütern hat die Gefahren, die in den rein kommunalen Betrieben für ein städtisches Gemeinwesen liegen von neuem erkennen lassen. Kätte die Einzelgemeinde allein mit den Gasarbeitern zu tun gehabt, so wäre sie gewiss dieser Schwerkriegs verhältnismäßig schnell Herr geworden. Aber hinter die Gasarbeiter stellten sich die 30 000 übrigen städtischen Arbeiter mit ihren Betriebsräten. Sie drohten mit dem allgemeinen Sympathiestreik und nötigten auf diese Weise den Magistrat, den Forderungen der Gasarbeiter wenigstens zum Teil nachzugeben, obgleich die allgemeine Lieberzeugung dahin ging, daß verhältnismäßig die Gasarbeiter durch ihre sehr niedrig angedernten Naturbedürfnisse weitaus besser gestellt seien als die übrigen städtischen Arbeiter und erst recht besser als die ländlichen Arbeiter auf den umliegenden Gütern. Da die städtischen Arbeiter gleichzeitig einen sehr erheblichen Teil der Berliner Wähler stellen, konnte es nicht weiter übersehen, daß die drei teilschlüsslichen Parteien sich um die Werke um ihre Gunst bemühten. Auch die Mehrheitssozialdemokratie verfuhr sehr schnell, was sie am 28. Juni durch ihren Parteivorstand Dr. Vorward hatte als feststehenden Grundbesitz proklamieren lassen, daß nämlich „keine Ausgabe ohne vorhergehende Deckung“ bewilligt werden dürfe. Sie trat schließlich für die Forderungen der Gasarbeiter ein und half zu ihrem Ziele durch, daß die faum nochartig geordneten städtischen Finanzen von neuem in eine unansehbare Desastrationslage hineingetrieben wurden.

Schon dieser Einfluß der städtischen Arbeiter auf die kommunale Finanzgebarung läßt die Frage brennend werden, ob es keine Möglichkeit gibt, die Einzelgemeinde von dem Druck der Betriebsräte freizumachen. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, um die Kommunalfinanzierung der städtischen Werke und Anlagen als fruchtbringend erweisen zu lassen. Wer sich die Berliner Zentralverwaltung, wie sie sich aus dem neuen Haushaltsplan für 1920/21 ergeben, unbefangen ansieht, der faum sich nicht darüber äulachen, daß sie viel zu teuer arbeiten. Schon in seiner Etatsrede hat der städtische Rammerr Dr. Arding darauf hingewiesen, daß die städtischen Gaswerke, die ein Kapital von 300 Millionen Fremdenmark umfassen, also heute das Sechsfache wert sind, nicht bloß nichts einbringen, sondern noch 20 Millionen Zuzuschuß erfordern haben. Auch im neuen Etat ist bei ihnen noch ein Bedarf von 11 889 980 Mark verzeichnet. Bei den Wasserwerken ist allerdings ein Ertrag von 14 Millionen und bei den Elektrizitätswerken von fast 9 Millionen festzugeschrieben worden, aber man darf bei diesen Zahlen nicht übersehen, daß diese Erträge nur dadurch möglich wurden, daß die Tarife der städtischen Werke immer stärker in die Höhe gehoben wurden. Der Wasserstarif mußte auf 90 Pfennig für den Kubikmeter gesteigert werden, die Gasabgabe auf 1,35 für den Kubikmeter und die Stromabgabe auf 2,50 für den Kilowattstunde der städtischen Werke für das neue Etatsjahr mußte zu machen. Nichts anderes übrig, als die Preise für Gas und Elektrizität abermals in die Höhe zu schieben und zwar auf 1,50 Mark für Gas und 3,00 Mark für Elektrizität.

An einer derartigen Erhöhung der Preise für Licht und Heizung konnte die Einzelgemeinde nicht vorbeigehen, weil sie sonst überhaupt nicht länger lebensfähig wäre. Die Gemeinde hat die Gemeindefinanzierung nicht durch die Reichsregierung auf einen bestimmten Betrag festgelegt; auch über die Grundsteuer kann die Gemeinde nicht mehr frei verfügen, und was ihr noch an sonstigen Steuern auf Gewerbe, Betriebe, Lurus und Verkehre übrig bleibt; das reicht nicht aus, um die Kosten der Verwaltung zu decken. Sie muß notwendig auf die Erträge aus dem Gemeindefinanzwesen, aber sie stellt sich immer wieder in diesem Betreff gequält durch die beständig wachsenden Rollen für das städtische Arbeiterge.

Damit ergibt sich ganz von selbst die Frage, ob sich die städtischen Finanzen nicht verbessern lassen, wenn an die Stelle der auf der rein kommunalfinanzierung aufgebaut Betriebe ein gemischtwirtschaftliches System gesetzt wird. An dieser Stelle ist stets der gemischtwirtschaftlichen Form der städtischen Anlagen das Wort geredet worden. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben uns darin mehr recht gegeben, als es uns selbst willkommen war. Soviel ist ja ohne weiteres klar, daß es den sozialen Forderungen der Gegenwart nicht entsprechen würde, die städtischen Werke und Anlagen zu Ausbeutungsobjekten kapitalistischer Kräfte zu machen. Es ist eine immer notwendiger, daß die Gemeindefinanzierung sich selbst erhält, auch an der Preissetzung der Tarife ebenso für Gas, Wasser und Elektrizität wie für die Verkehrsunternehmungen in erheblichem Maße beteiligt sein muß. Soweit es sich um die Gewinn dieser Unternehmungen handelt, scheint uns ein durch aus rationales Verhalten der Gemeinde an der Sache zu sein. Es ist ebenso selbstverständlich, daß sie auf die Erträge und die Arbeiterverhältnisse einen maßgebenden Einfluß behalten muß. Aber etwas ganz anderes ist es, ob sie nun auch den Betrieb der städtischen Werke und Anlagen selbst in der Hand behalten soll. Die bisher gemachten Erfahrungen sprechen dagegen. Ein rein kommunalfinanzierter Betrieb wird zum Spielball der Parteien, er ist infolge der nicht zu behebenden Schwerefalligkeit des durch die städtischen Betriebe gar nicht in der Lage, die kaufmännische Konjunktur in dem gleichen Maße auszunutzen, wie es einer kaufmännisch geleiteten Unternehmung möglich ist, und die notwendige Folge von alledem ist, daß städtische Unternehmungen mit erheblich geringeren Erträgen arbeiten, als es kaufmännischen Betrieben möglich ist.

Die letzte Friedenskonferenz.

Sir James Craig nach London berufen.

(Privatmeldung.)

London, 15. Juli.

Am 15. Juli nachmittags fand gestern in Downingstreet die Besprechung Lloyd Georges mit De Valera statt. Die Besprechungen dauerten bis 7 Uhr und werden heute 1/2 Uhr wieder aufgenommen. Von einer Seite verriet sich aus Sir James Craigs, der Chefsekretär für Irland Sir G. Greenwood, General Smith und der Bischof von Irland amnestiert worden. Die „Morning Post“ behauptet, es sei eine vorläufige Abmachung erzielt und bestimmt worden, daß Südirland die Rechte eines Dominions erhalte, von sämtlichen Reichsteuern befreit bleiben und Selbständigkeit auf föderalistischem Gebiet erhalten solle.

Wie die „Daily Chronicle“ erfährt, ließ De Valera noch immer nachdrücklich auf die Einheit Irlands. Die Regierung hofft eine Konferenz zwischen der noch- und der föderalistischen Delegation zu ermöglichen. Eine ernsthafte Aufgabe sei der Instanz, daß der Premierminister von Ulster, Sir James Craig, zu einer Konferenz mit Lloyd George eingeladen worden sei. Sir James Craig habe Bescheid gefasst über die Einladung des Premierministers verlassen und werde heute nachmittag hier erwartet. Voraussichtlich werden zwei getrennte Konferenzen abgehalten. Nach seiner Besprechung mit De Valera habe Lloyd George mit den Kabinettsmitgliedern verhandelt.

London, 15. Juli. (E. G.)

De Valera erklärte Zeitungskorrespondenten, daß er einen Eindruck erhalten habe, der nicht günstiger sein könne, und daß man für den ersten Tag nichts Besseres habe erwarten können. „Soweit ich urteilen kann, gibt es kein anderes Volk, das wie England die Ansprüche des irischen Volkes, seine Rechte und seine berechtigten Forderungen versteht. Ich bedaure, vorläufig nichts weiter sagen zu können. Ich persönlich trete für die offene Diplomatie ein. Aber da meine Interessen mit Lloyd George verknüpft sind, habe ich mich diesen Erklärungen sein Wort hingelassen.“ Man glaubt zu wissen, daß von der Konferenz der Dominions die Anregung ausging, Irland eine Verfassung zu geben, wie sie die Dominions besitzen, die sich allerdings nur sehr beschränkter Freiheit erfreuen, da sie vom Mutterland militärisch und finanziell vollkommen abhängen. Von De Valera wird mitgeteilt, daß er bereit war, für Irland auf die Besetzung unabhängiger irische Republik zu verzichten, wenn ihm dafür vollständige Zugeständnisse gemacht würden.

Es geschah wohl zum ersten Mal, daß vor dem Haupte in der Downingstreet die wohlgeachteten Herren Brinds gefangen wurden und die alten seitlichen Gelänge gelungen wurden, und die Posten machten bei dieser Wahrnehmung zunächst ganz erleuchtete Gesichter. Lloyd George erklärte noch, daß er den Könige und den Mitgliedern der amerikanischen Kolonie, auch von Irland und Vertretern des Präsidenten Milleland empfangen. Zum Hochverräter des „Marin“, Langsame, der ihm entgegengefahren war, sagte der Reichshof viele angenehme Worte über die gleichem Verbindungen, die Frankreich und Amerika vereinen und über die Freundschaft, die beiden Länder auch weiterhin verbinden müsse. „Nichtes Besseres sprechen nicht die gleiche Sprache, aber sie haben gleiche Gedanken“, sagte Herrid: „Wir brauchen nicht zu reden, wir verstehen einander.“

Der neue amerikanische Botschafter in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 15. Juli.

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten, Maxon L. Herrick, trat gestern auf dem Vogezenbahnhof hier ein und wurde außer von den Mitgliedern der amerikanischen Kolonie, auch von Irland und Vertretern des Präsidenten Milleland empfangen. Zum Hochverräter des „Marin“, Langsame, der ihm entgegengefahren war, sagte der Reichshof viele angenehme Worte über die gleichem Verbindungen, die Frankreich und Amerika vereinen und über die Freundschaft, die beiden Länder auch weiterhin verbinden müsse. „Nichtes Besseres sprechen nicht die gleiche Sprache, aber sie haben gleiche Gedanken“, sagte Herrid: „Wir brauchen nicht zu reden, wir verstehen einander.“

Englische Bedenten gegen die Sachverständigenkommission.

London, 15. Juli. (M. D. B.)

Der politische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt, eine erneute Zusammenkunft des Obersten Rates sei dringender notwendig, ob sie nun in London oder Paris abgehalten werde. Die Lage in Oberitalien, die zwar vorübergehend in Ordnung gebracht worden sei, sei ernst und verwickelte große Schwierigkeiten. In dem gesamten Abkommensgebiet herrsche große Unruhe und Unruhe. Frankreich habe sein Verlangen die Ernennung einer neuen Sachverständigenkommission begehrt, aber wenn man eine solche Kommission ernenne, so würde kein Verbleiben in der letzten Kommission verschiedener Ansicht gewesen und würden es wahrscheinlich auch in einer neuen sein. Der Oberste Rat müsse entscheiden.